

Leserbrief an Handelsblatt hb.um@vhb.de

Zum Artikel Wasserschutzgebiet Deutschland vom 07.08.2013

In dem Artikel werden Fakten bunt gemischt und Hintergründe verschwiegen. Denn:

Eineinhalb Millionen Deutsche haben das Europäische Bürgerbegehren „right2water“ unterschrieben und gefordert, die Wasserwirtschaft aus der Liberalisierungspolitik der EU endlich auszunehmen. Seit Jahren liegt die Zufriedenheit der Wasserkunden in Deutschland konstant über 75 % mit gut und sehr gut. Eine Umfrage im April dieses Jahres in Bayern hat ergeben, dass 85% der Bevölkerung gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung eingestellt ist¹.

Die Wassergebühren in Deutschland werden von der Kommunalaufsicht kontrolliert und gegen Gebührenbescheide kann vor den Verwaltungsgerichten geklagt werden. Dass in der Novelle des Kartellrechts (8. GWB-Novelle) nun klargestellt wurde, dass die Kartellämter im Gebührenrecht keine Prüfungskompetenz haben, hat keine Auswirkungen auf die Kunden. Denn im Preisrecht können die Kartellämter weiter prüfen, sie haben nun sogar noch ein weiteres Prüfkriterien, nämlich die für die Wasserversorgung anfallenden Kosten. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen bei den Gebühren und den Stadtwerken bei den Preisen sind bedingt durch die unterschiedlichen Bedingungen bei der Wassergewinnung, der Wasseraufbereitung und der Verteilung. Das ist auch bei der Abwasserbeseitigung ähnlich. Für das Wasser (Trinken, Duschen, Toilettenspülung, Putzen etc.) sind in Deutschland pro Tag und Kopf rund 25 Cent aufzubringen. Und das für eins der elementarsten Bedürfnisse. Das ist nicht einmal ein Sechstel eines Liters Benzin!

In der Wasserwirtschaft gibt es keinen Markt. Denn „Wasser ist ein besonderes Gut und keine übliche Handelsware“ (Zitat aus der europäischen Wasserrahmenrichtlinie). Deshalb geht es hier auch nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern im Vordergrund stehen der Versorgungsauftrag und bei der Abwasserbeseitigung die Hygiene und der Umweltschutz. Die Kommunen kommen diesen Aufträgen in Deutschland weltweit anerkannt auf höchstem Niveau nach. Die Trinkwasserqualität ist besser als bei Flaschenwasser, die Versorgung funktioniert verlässlich rund um die Uhr an jedem Tag im Jahr (bei Hitze und bei Frost). Das Leitungswasser vom örtlichen Versorger ist sauber und rein und kann ohne Bedenken getrunken werden. Das ist in vielen anderen Staaten (auch europäischen Nachbarländern) nicht so, denn oft wird es gechlort oder ist nur abgekocht genießbar.

Die Wasserverluste bei der Verteilung und die Rohrbruchrate sind in Deutschland mit 7% die niedrigsten in Europa und weltweit. Die Abwasserreinigung wird in Deutschland zu 97% in einer dritten Reinigungsstufe vorgenommen, damit wurde auch eine wesentliche Verbesserung der Gewässerqualität erreicht, in die das gereinigte Wasser aus den Kläranlagen abgeleitet wird. Der Vergleich der Preise und Gebühren in Deutschland mit denen in anderen europäischen Staaten hinkt, weil dieses Qualitätsniveau dort nicht vorzufinden ist und die Anstrengungen der Wasserwirtschaft im Umweltschutz in Deutschland größer sind.

Auch in Italien und Spanien wendet sich die Bevölkerung gegen Privatisierung. So haben sich in Italien 2011 in einer nationalen Volksabstimmung 95% gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung gewandt.

Den Menschen in Europa geht es genau darum, dass private Konzerne mit dem Wasser keine satten Gewinne einfahren. Studien, zu den Folgen von Privatisierung, die bisher unbeachtet blieben, werden

¹ Anmerkung Hecht: TNS Emnid repräsentative Umfrage April 2013 in Bayern

nun bekannt. So hatten bereits 2010 Ruester und Zschille nach einer Untersuchung von 765 deutschen Wasserversorgern veröffentlicht, dass sie herausgefunden haben, dass die Preise gerade nach Privatisierungen gestiegen sind. Und Munari, Roberts, Sobrero, Oriani haben 2002 und 2005 veröffentlicht, dass die öffentliche Wasserwirtschaft auch über das absolute Mindestmaß hinausgehende Umweltschutzmaßnahmen tätigt, während Privatisierung zu einer Senkung der langfristig auf gesellschaftliche Ziele ausgerichteten Forschungs- und Entwicklungsausgaben führt.